

Ein Versicherungsvertrag konnte noch nicht abgeschlossen werden. Die Verhandlungen haben sich wieder zerschlagen, zum Teil auch deshalb, weil die Gesellschaften finanziell nicht sicher genug erscheinen.

In der Frage der elektrischen Uhren muß die Entwicklung noch abgewartet werden. Sollte es angezeigt erscheinen, so wird der Referent neue Vorschläge machen.

Die Frage der Abhaltung von Inventurverkäufen hat eine lebhaftige Aussprache, namentlich in den Fachzeitschriften, hervorgerufen. Der Redner ist überzeugt, daß trotz der Gegenströmungen die wirtschaftliche Entwicklung doch noch zur Veranstaltung von Inventurverkäufen führen wird.

Zu den Zollverhandlungen zugelassen zu werden, ist dem Einzelhandel bisher wegen des Widerstandes des Reichswirtschaftsministeriums nicht gelungen.

Die Luxussteuer ist, wie bekannt, gefallen. Wegen der Uebergangsbestimmungen wird noch verhandelt. Die Sache ruht bei Herrn Dr. Felsing in guten Händen.

In Steuerangelegenheiten wurde eine große Anzahl Rundschreiben versandt. Leider ist gerade hinsichtlich der Rundschreiben festzustellen, daß diese ein recht geringes Echo finden. Ein lebhafterer Verkehr wäre hier zu wünschen. Die Rundschreiben sollten auch in den Versammlungen besprochen werden. Im Verkehr mit den Finanzämtern lasse man sich auf Einkommenschätzung nicht ein, sondern verlange, daß die Buchführung zugrunde gelegt wird, vorausgesetzt, daß sie in einwandfreier Weise vorhanden ist.

Von der Abteilung Rechtsschutz wurde eine große Anzahl von Rechtsgutachten gegeben und in Streitfällen vermittelt. Seit Ende September 1925 wurden 32 Strafanträge gestellt. Die gegenwärtige Lage erforderte häufiges Vorgehen gegen Lieferanten wegen Privatverkäufen oder Warenhauslieferungen. Einige Privatklagen gegen Schädlinge des Faches stehen vor dem Abschluß. Mehrfache Schritte mußten gegen den Hausierhandel in den Kasernen unternommen werden. Während die Reichsbahndirektion den Hausierhandel bekämpft, war eine Stellungnahme des Reichswehrministeriums bisher noch nicht zu erzielen. Hier wird noch Beschwerde beim Reichspräsidenten notwendig sein. Der Uhrenhandel der Girozentrale Sachsen ist inzwischen infolge Beschwerde eingestellt worden. Gegen die Silberwarenfabrikanten, die keine Beschränkung der Abnehmerkreise kennen, soll gemeinsam mit dem Juwelierversand vorgegangen werden.

Wie schon aus diesem kurzen und gedrängten Ueberblick hervorgeht, sind die Arbeiten des Verbandes sehr schwierige und umfangreiche. Die Aufgaben zu lösen ist nur möglich, wenn wir geschlossen zusammenstehen und uns nicht mit Mißtrauen, sondern mit Vertrauen begegnen. (Lebhafte Beifall.)

Herr Quentin dankt für die Ausführungen. Herr Ehrke bittet, nicht zu verzagen, sondern mit frischem Mut weiterzuarbeiten. Hierauf wird, ebenfalls von Herrn Direktor König, der vorläufige

Kassenbericht 1925

vorgetragen. Die endgültigen Zahlen werden nach Prüfung durch den vereidigten Bücherrevisor und die von der Reichstagung gewählten Kassenprüfer veröffentlicht werden. Herr Direktor König gibt zu den einzelnen Posten noch Erläuterungen und bemerkt, daß trotz großer Anforderungen der Zentralverband finanziell gesichert dasteht. Der

Haushaltplan

liegt gedruckt vor. Er ist schon in der Vorstandssitzung eingehend besprochen und zum Teil abgeändert worden.

Herr Direktor König bemerkt noch, daß namentlich die Einnahmen sehr vorsichtig aufgestellt sind und daß vor allen Dingen auch die Auszahlung des Sterbegeldes gesichert ist.

Haushaltplan für das Jahr 1926

	Voranschlag 1926:	Verbrauch 1925:	Voranschlag 1925:
	Mk.	Mk.	Mk.
I. Ausgaben:			
1. Gehälter	20 000,—	19 208,90	20 000,—
2. Vorsitzender	3 000,—	2 250,—	—
3. Allgemeine Unkosten	5 000,—	4 688,58	5 000,—
4. Bureau- und Raumkosten	5 000,—	—	—
5. Schule in Glashütte	4 000,—	3 900,—	4 000,—
6. Lehrlingsausschuß	2 000,—	698,91	1 500,—
7. Sterbekasse	16 000,—	15 100,—	10 000,—
8. Unterstützungen	1 500,—	1 316,05	—
9. Spenden und Diplome	800,—	687,25	500,—
10. Steuerhilfe	3 000,—	2 098,75	3 000,—
11. Rechtsschutz	3 000,—	1 130,37	—
12. Beiträge an Verbände	1 700,—	928,50	1 000,—
13. Geschäftsstelle Berlin	6 000,—	5 001,27	5 000,—
14. Fachreklame	3 000,—	—	—
15. Reisekosten und Sitzungen	15 000,—	13 277,—	10 000,—
16. Porto	4 500,—	3 970,46	3 000,—
17. Fernsprecher	1 000,—	712,94	1 000,—
18. Drucksachen	4 000,—	3 556,70	3 000,—
19. Verschiedenes	1 500,—	—	—
	100 000,—		
II. Einnahmen:			
1. Beiträge 1926	70 000,—		
2. Drucksachenverkäufe	15 000,—		
3. Aus Rücklage 1925/26	15 000,—		
	100 000,—		

An den Vortrag des Haushaltplanes schließt sich eine Aussprache an, in der von mehreren Rednern eine Erhöhung der für die Lehrlingsausbildung (Fachklassen) ausgeworfenen Beiträge gewünscht wird. Die Erhöhung wird aber von der Verbandsleitung nicht für notwendig gehalten, da im Vorjahre nicht einmal der Voranschlag verbraucht werden ist. Außerdem stehen eventuell aus anderen Positionen noch Mittel zur Verfügung.

Herr Ehrke fragt in Erledigung eines Antrages der Vereinigung Dramburg, ob die Nebengeschäftsstelle Berlin nicht etwa als überflüssig abgebaut werden kann, bzw. wie es mit der Uebersiedlung der Hauptgeschäftsstelle nach Berlin steht. Herr Direktor König gibt Aufklärung, daß eine Uebersiedlung unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein ziemliches Wagnis bedeute, für das der Vorstand die Verantwortung nicht übernehmen kann. Trotzdem ist eine Vertretung des Verbandes in Berlin notwendig wegen der verschiedenen, bei den Behörden zu erledigenden Arbeiten. Die Berliner Geschäftsstelle hat sich namentlich bei der Bekämpfung der Luxussteuer durchaus bewährt. Im übrigen würde auch, wollte man sie aufheben, keine Ersparnis eintreten, da sich dann Reisekosten und andere Kosten erhöhen würden. Es sei auch zu hoffen, daß sich, wie alle anderen Einrichtungen des Verbandes, die Berliner Geschäftsstelle nach einer Uebergangszeit selbst trägt, so daß dann Zuschüsse nicht mehr nötig sein werden.

Nachdem noch die Frage der Kassenprüfung behandelt ist, bei der festgestellt wird, daß von der Reichstagung zwei Kassenprüfer aus Kollegenkreisen gewählt werden, daß außerdem noch ein vereidigter Bücherrevisor die Buchführung nachprüft und daß ferner dem Vorstand das Recht zusteht, jederzeit die Geschäfts- und Kassenführung unangemeldet nachzuprüfen, wird der Haushaltplan gegen drei Stimmen (die eine Erhöhung der Sätze für den Lehrlingsausschuß wünschten), angenommen. Weiter wird ein Antrag des Rheinisch-Westfälischen Verbandes, vierteljährliche Gegenüberstellungen zwischen Voranschlag und tatsächlichen Ausgaben zu schaffen, angenommen.

Zu Punkt 5:

Beschlußfassung über Vereinigungen, die mit ihren Beiträgen im Rückstande sind,

liegt eine gedruckte Uebersicht vor. Eine ganze Anzahl Vereinigungen sind sogar seit 1924 mit Beiträgen im Rückstande. Ordnung muß hier unbedingt geschaffen werden.

Es wird deshalb
Vereinigungen
frist von 6 W
erfolgt. Mehr
gegen ein allz
Vereinigungen
Beiträge auffo
gewünscht, d
verbänden un
gungen ver
führung wer
langsame Arb
daß sich der
Vereinigungen
Unterverbänd
einigungen zu
sie geschlosse
ständigen Beit
keinen Fall v
schaftsstelle w
in Köln soll
Rückstände m
nach § 8 der
faßt werden k
Ueber P
Einrichtung
berichtet der
rechtzeitige E
wuchsproblem
sich mit der E
Eine kurze A
überall zu
Das Refe
hatte Herr Rec
hin, daß die Z
Jahr der Rekl
In dem auf d
gehaltenen Re
Jahre hinaus
sicht vor allen
als Vorsitzend
Fachreklame z
gegebene Bros
bis zur moder
Propagandami
falls wegen e
hohen Preises
wünschen mö
tagung Breslau
Fachgeschäftes
jetzt noch
Von den
zunächst zu er
Weihnachts-P
unden und sin
Weihnachtszeit
schaftsanzeiger
Weihnachtsins
Reklameab
gegebenen Klis
auch das Buch
Band I, „Die
wirkungsvoller
Kollegenschaft
Ein ganz
Verbandes. G